

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) ÖRK-Transportkosten: Rasche Lösung für Betroffene

GR. **Luttenberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir, in kurzen launigen Worten zu werben, der Dringlichkeit zuzustimmen. Ich gehe ja davon aus, dass diese Dringlichkeitsanträge Ihnen vorliegen beziehungsweise in den Klubs auf jeden Fall. Bevor ich beginne, möchte ich an die Kolleginnen Gebärdendolmetscherinnen hätte ich eine Frage, was heißt vertragsloser Zustand in der Gebärdensprache? Das hätte ich mir fast gedacht, dass das so heißt. Lange Rede kurzer Sinn, seit 1. Juli befinden wir uns in einem vertragslosen Zustand, der natürlich für die betroffenen Grazer und Grazerinnen, für die spreche ich ja, nicht angenehm ist. Ich stehe hier auch nicht als Lobbyist des Roten Kreuzes oder der Gebietskrankenkasse da, das ist an und für sich wirklich eine vertrackte Situation, denn das Rote Kreuz verlangt satte 18/19% Steigerung, um ihre Krankentransporte weiterzuführen. Die Gebietskrankenkasse sagt, also so einfach geht das nicht, wir bieten 4/5% an. Gleichzeitig haben andere Krankentransportunternehmen dieses Angebot angenommen, also Arbeitersamariterbund, Grünes Kreuz usw. und die fahren halt mit ihren Kapazitäten, die sie haben. Gleichzeitig ist es auch sicherlich problematisch, einerseits zu sagen, die Gebietskrankenkasse soll da aufhören und dem zustimmen, andererseits könnte man natürlich sagen, dass Rote Kreuz hat sicherlich auch intern ihre Hausaufgaben zu erledigen. Ich sage das nur deswegen, um sozusagen das Wissen von mir zu vermitteln, dass das eine nicht unkomplizierte Situation ist und wir haben ja auch schon in Ausschüssen darüber uns ausgetauscht. Was sozusagen das Problem toppt, ist die Aussage von Herrn Landeshauptmann

Voves vor zwei Tagen im ORF, da hat er ausgesendet: Krankentransporte, es muss uns etwas einfallen. Will sagen, also wenn die hohe Politik, die nicht einmal in der Lage ist, das einzuschätzen, was man tun könnte, geschweige denn die betroffenen Grazerinnen und Grazer. Und dieser Dringlichkeitsantrag ist jetzt sehr vorsichtig formuliert, um es wirklich zu werben, dass Sie sich das überlegen, ob Sie da mitgehen können oder nicht. Er lautet: Die zuständigen Magistratsdienststellen werden aufgefordert, aktiv mit dem Österreichischen Roten Kreuz und der GKK einerseits, aber auch durch Beiziehung in Frage kommender Institutionen und Organisationen andererseits, nach einem Weg zu suchen, wie den betroffenen Grazerinnen und Grazern in dieser Situation rasch, unkompliziert und unbürokratisch geholfen werden kann und das ist sozusagen der Kern dieses Dringlichkeitsantrages und ich würde Sie sehr ersuchen, diesem auch die Dringlichkeit zu geben. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Vargas:** Sehr geehrte Frau Stadträtin, Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates! Wir sind mit dem Inhalt dieses dringlichen Antrages einverstanden, allerdings denke ich mir, im zweiten Teil eben, an wen sich die Forderung richtet, da aktiv zu werden, fehlt uns etwas und da denke ich mir, sollte man konkreter sein und es wäre eigentlich die Aufgabe des Bürgermeisters in seiner Funktion als Bezirkshauptmann, hier aktiv zu werden. Und ich würde den Antrag in diesem Sinne auch unterstützen. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel:** Lieber Herr Kollege, liebe KPÖ! Die Thematik ist mehr als dringlich. Die Betroffenen sind wirklich in einer sehr, sehr schwierigen Situation und der Antrag ist sicher sehr gut gemeint, da gebe ich der KPÖ absolut Recht, aber die

Zielsetzung der Einigung wird nicht hier im Gemeinderat getroffen. Wer sind die zuständigen Stellen des Gemeinderates, wer sind die zuständigen Organisationen, die da mitsprechen sollen, mitverhandeln sollen, soll man da zehn Organisationen einladen, dann dauert es noch länger. Uns ist es wichtig, und das hat auch der Herr Landeshauptmann gesagt, da muss ich dich wirklich korrigieren, unser Landeshauptmann Voves hat gesagt, es gehört dringend eine Lösung her, wenn das dann so flapsig in den Medien verkürzt dargestellt wird, ist das eine andere Sache, aber er hat auch an den Bundesminister appelliert und er hat an alle Verantwortungsträger appelliert, das möchte ich da ganz dezidiert richtigstellen und nicht irgend so eine flapsige Medienberichterstattung zitieren. Wichtig ist uns, und ich weiß das aus eigener Betroffenheit, dass eine rasche Einigung stattfindet, eine rasche Lösung, aber hier das Gremium des Gemeinderates ist das falsche, deshalb werden wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Ich möchte mich voll inhaltlich bei den Worten und bei den Begründungen von Frau Kollegin Haas-Wippel anschließen. Der Zustand ist untragbar und, lieber Herr Kollege, wir sind absolut alle, das nehme ich für alle in Anspruch, absolut unzufrieden und betroffen. Es kann so eine Sache nicht am Rücken unserer Bevölkerung ausgetragen werden, das stelle ich eindeutig fest und alle sind sicher dieser Meinung. Wie ist zu handeln? Es hat vorgestern im Landtag eine Anfrage Ihres Kollegen an den Herrn Landeshauptmann gegeben und es hat ebenfalls, Frau Kollegin Haas-Wippel hat das ja schon angedeutet und auch ausgeführt, eine entschiedene Haltung gegeben, die wir auch teilen, der Zustand ist untragbar, es hat so schnell als möglich, das ist der Appell, der auch vom Herrn Landeshauptmann an die Vertragspartner gerichtet wird, alles getan zu werden, um diesen Vertragslosen Zustand beziehungsweise die negativen

Auswirkungen auf unsere Bevölkerung zu beenden. Hierzu ist allerdings auch klar, weil hier mit Argumenten hin- und hergeworfen wird, auch nur zur Erläuterung und zu einem Anlass der Behandlung im Gemeinderat sollte dazu auch genützt werden klarzustellen, es geht einerseits um die Rettungstransporte, das heißt, die Notfälle, die Rettung und andererseits um die Krankentransporte. Ich möchte jetzt inhaltlich da nicht werten, aber für die Rettungstransporte ist eindeutig klar, nach dem steirischen Rettungsdienstgesetz haben alle Gemeinden den Rettungseuro zu bezahlen, damit diese Rettung zu den bekannten Bedingungen, zumutbaren Bedingungen auch erfolgt. Dafür zahlen wir aus dem Gemeindebudget, glaube ich, sieben Euro pro Jahr und Bevölkerung. Wir zahlen alle, das sind zirka 70 bis 75% aller SteirerInnen sind versichert bei der Gebietskrankenkasse, wir persönlich, die allermeisten zahlen auch ihre Versicherungsbeiträge und daher sollen die beiden Vertragspartner, die die Mittel erhalten, die nach den Regelungen, die im Rettungsdienstgesetz vorgesehen sind, bitte auch mit Augenmaß zu einem Abschluss kommen. Dieser Appell wurde vom Herrn Landeshauptmann auch klar bekräftigt, er wurde auch vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer gemeinsam mit Herrn Landeshauptmann an die Vertragspartner herangetragen und das ist auch unsere Position. Wir sehen es daher nicht notwendig, dass die Stadt noch ihrerseits Handlungen setzt. Dieser Appell wird auch kundgetan nach außen. Wir sind daher gegen die Annahme der Dringlichkeit, weil wir gegen den Antrag sind, dringlich, das möchte ich klar festhalten, ist es, sogar sehr dringlich, das wollen wir verbal auch bekräftigen. Trotzdem formal wird dieser Antrag nicht unsere Zustimmung erhalten (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Auch wir sind der Meinung, dass eine rasche Lösung sehr wichtig wäre, allerdings sehen wir das auch als Landeskompetenz und deshalb findet dieser

Antrag bei uns auch keine Zustimmung. Es ist keine Zuständigkeit der Stadt, aber das Rote Kreuz hat ja kein Monopol für Krankentransporte, soweit ich weiß, und deshalb schlage ich vor, denn es gibt ja auch andere Anbieter wie Samariter, Malteser, Grünes Kreuz und Dergleichen, man könnte eine Publikation auf der Webseite der Stadt Graz veröffentlichen, welche die Anbieter anführt, die Krankentransporte anbieten. Ich habe nachgeschaut, auf der Homepage der Stadt Graz gibt es eine Rufhilfe, da ist aber nur das Rote Kreuz angeführt. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Luttenberger**: Also das Schlusswort ist kurz und ich muss gestehen, ich bin schon irgendwie überrascht, denn ich habe heute wieder ein Lehrbeispiel von Dialektik bekommen, nämlich die großen Parteien zeigen sich alle empört, dass das so ist, wie es ist, aber da im Gemeinderat hat es halt nichts verloren und ich sagte aber immer, natürlich ist nicht der Gemeinderat das Gremium, wo das entschieden werden muss, aber es ist halt so und ich bitte Sie aber auch, sagen Sie das dann den betroffenen Grazerinnen und Grazern auch so. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Lieber Herr Gemeinderat! Da möchte ich jetzt schon eine Anmerkung machen. Würden wir das so beschließen, ja wo würden wir das Stück hingeben? Es gibt keine zuständige Magistratsstelle. Meines Erachtens haben wir auch noch kein Salzamt eingerichtet, also können wir es dort auch nicht hintun. Also ich weiß nicht, wenn wir das beschließen würden, welche Magistratsdienststelle soll das machen? Die gibt es nicht (*Applaus SPÖ*).

StR.<sup>in</sup> **Kahr** zur Geschäftsordnung: Ich bin seit 1993 da und wir haben unzählige Anträge in dieser Art, auch durchaus von deiner Fraktion, wenn es darum gegangen ist zum Beispiel, wenn es um eine Rettung von Betrieben, ich kann mich noch erinnern an die Landesdruckerei usw., wo auch keine Zuständigkeiten oft gegeben sind. Der Bürgermeister hat selbstverständlich in seiner Funktion... kann er immer an das Land herantreten. Wäre ich jetzt Sozialstadträtin, wäre mir das ein zutiefstes Anliegen und ich würde sagen ja, auch wenn wir keine Magistratsabteilung sind, aber ich nehme mich der Sachen an (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Mir ist es ein zutiefstes Anliegen, dass wir auch korrekte Anträge stellen und dann hättet ihr den Antrag anders formulieren müssen, weil dann hättet ihr einen Appell an den Bürgermeister schreiben müssen und nicht zuständige Magistratsdienststellen beauftragen (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*), weil das ist einfach falsch.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**2) Regionalkonferenz 2013 zwecks Erstellung eines Arbeitsplatzkonzeptes für Graz**

GR. **Luttenberger** stellt namens der KPÖ und der Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Also heute gibt es mich, was dringliche Anträge anbelangt, im Doppelpack, ist selten, aber doch. Ich bedanke mich auch, dass der Piratkollege Pacanda hier unseren Dringlichkeitsantrag mitgeändert hat und ich möchte mich auch schon im Vorhinein bei der Fraktion der Grünen bedanken, die auch diesem Antrag, ihr Wohlwollen gegeben haben und dann einen kleinen Zusatz noch dazugegeben haben, wo ich meine, dass das eine Bereicherung des Antrages ist. Vor mir liegt auch ein Abänderungsantrag der SPÖ Graz, wobei ich schon sagen muss, dem kann ich nicht nachkommen, dass ich dem zustimme, also ich denke, wir oder ich bleibe bei unserem eigenen Dringlichkeitsantrag. Worum geht es? Also ich denke, da erspare ich mir wirklich viele Worte, die Arbeitsmarktsituation nimmt von Jahr zu Jahr irgendwie dramatische Formen an, ich möchte das schon so sagen und wir alle lesen täglich in den Zeitungen oder wöchentlich in den Zeitungen, dass auch die Steiermark und Graz da nicht verschont bleibt. Dankenswerterweise durch unsere MitarbeiterInnen im KPÖ-Klub haben wir geforscht und haben wir im Archiv ein Dokument entdeckt, dass es schon 1998 unter Bürgermeister Stingl so eine Konferenz gegeben hat, wo versucht wurde, alle, die sich dafür interessieren, ich sage das so flapsig, an einen Tisch zu bringen, um gemeinsam zu überlegen, was können wir in dieser Situation machen. Welche Agenden kann die Stadt Graz übernehmen, mit welchen Forderungen können wir an Land und Bund weitergehen, um diese Situation zu entspannen. Während ich heute rede, wird voraussichtlich daily in den Konkurs geschickt und wir wissen, dass auf Österreich aufgelistet die Steiermark die größte Dichte hat und auch Graz usw, übrigens darf ich Ihnen leider auch mitteilen, dass auch diese Alpine-Lösung einen Pferdefuß hat. Vor einigen Tagen, ich war selber mit dabei, wurde das gefeiert, dass das alles gerettet ist, aber jetzt auf einmal gibt es

Klauseln, auch von der EU-Seite, die das nicht so sehen und ich wünsche mir natürlich und ich denke, wir alle wünschen uns das, dass es hier doch zu einer Lösung kommt, damit die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterarbeiten können. Ich möchte auch einbauen, damit das nicht so im Raum steht, ich sehe oder wir sehen sehr wohl, dass die Stadt Graz immer wieder versucht, durch Wirtschaftsförderung, durch Ansiedlungen von Industrien und Gewerbe, hier Arbeitsplätze zu schaffen, das finden wir richtig und gut und wichtig, das Problem ist nur wie bei Sisyphus, also wir schaffen einerseits eine bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen und gleichzeitig, fürchte ich, gehen aber mehr qualitative Arbeitsplätze verloren und das ist irgendwie eine Crux, also das ist ein perpetuum Mobile. Und jetzt werden Sie natürlich sagen: Na gut, mit einer Konferenz wird das auch nicht zu hebeln sein, da gebe ich Ihnen Recht, aber ich denke, wir alle können uns dem anschließen, dass zunächst einmal das Reden wichtig ist. Also alle Interessierten an einen Tisch zu bringen, die Problematik zu erörtern und gemeinsam zu versuchen, Lösungen hier zu bringen. Ich glaube, das sind wir auch den Grazer Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Ich komme jetzt zum Antrag, er besteht in Wirklichkeit aus drei Teilen. Der erste Teil geht an die Frau Vizebürgermeisterin Martina Schröck, veranlasst im Rahmen Ihrer Ressortverantwortlichkeit für Arbeit und Beschäftigung, dass seitens der verantwortlichen Stellen ein Fahrplan zur Abhaltung einer Regionalkonferenz 2013 zwecks Erstellung eines Arbeitsplatzkonzeptes für die Landeshauptstadt Graz erarbeitet wird. Punkt 2 dieses Antrags ist, wohin oder wer soll an so einer Konferenz oder an so einer Beratung teilnehmen? Da meinen wir, an der Konferenz sollen die im Grazer Gemeinderat vertretenen Fraktionen, die Wirtschaftskammer, AMS, Bundessozialamt, AK, ÖGB-Betriebsrat, und jetzt kommt bitte der Einfügevorschlag von den Grünen, sowie Expertinnen von freien Trägern, die mit Personen arbeiten, die besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind (behinderte Menschen, Jugendliche, ältere Menschen, MigrantInnen, Frauen), und alle an dieser Konferenz interessierten gesellschaftlichen Kräfte teilnehmen. Der Fahrplan soll bis



spätestens September dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Und der letzte Punkt ist die Ergebnisorientierung. Ziel dieser Konferenz soll es sein, mögliche Beschäftigungsmaßnahmen seitens der Stadt Graz zu konkretisieren sowie einen Forderungskatalog an Land und Bund zu erarbeiten, welcher im Spätherbst 2013 im Gemeinderat beschlossen werden soll, also so würde das ausschauen und ich ersuche wieder um die Möglichkeit, der Dringlichkeit zuzustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Vargas** zur Dringlichkeit: Ich möchte mich bedanken beim Kollegen von der KPÖ, dass er diesen Antrag gestellt hat, dass er unsere Ergänzungen aufgenommen hat. Ich finde, dass die Situation am Arbeitsmarkt sich in letzter Zeit sehr angespannt hat. Wir haben gerade eben, wie es erwähnt wurde, diese Pleite der Alpine und andere Betriebe in den Medien mitgekriegt und ich denke mir, wer ist denn davon betroffen? Das sind meistens die Jugendlichen, also in Österreich können wir uns nicht so beklagen wie vielleicht in Spanien mit 60 % von arbeitslosen Jugendlichen bis zum 25. Lebensjahr. Ich denke mir, das sind dramatische Ereignisse dort, aber für uns ist es keine Zeit, sich jetzt auszuruhen und zu sagen, ok, uns geht es nicht so schlecht, wir könnten da jetzt vielleicht ein bisschen zuschauen. Und ich denk mir, für die Stadt Graz vielleicht zukunftsweisend, sich mal, wie der Kollege das aufgenommen hat, mit allen betroffenen Gruppierungen in unserer Gesellschaft an einen Tisch zu setzen und nach Lösungen zu suchen und vielleicht Alternativen, sofern werden wir diesen Antrag in der Dringlichkeit befürworten und inhaltlich genauso. Dankeschön (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Ich bedanke mich bei den Übersetzerinnen, dass sie so lang anwesend waren und unsere Sitzung begleitet haben. Dankeschön (*allgemeiner Applaus*).

GR. Mag. **Frölich**: Geschätzter Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja natürlich, das Thema ist dringlich, keine Frage, darüber brauchen wir, glaube ich, nicht diskutieren. Das Thema ist sehr dringlich, jeder arbeitslose Mensch und ich persönlich sage, jeder arbeitslose Jugendliche, ist einer zu viel und ich glaube, wir müssen sehr, sehr viel tun, um das unter Kontrolle zu kriegen. Ich sage dazu, dass wir der Dringlichkeit Ihres Antrages zustimmen werden, ich erlaube mir aber schon ein paar Fakten festzuhalten. Einerseits ist es so, dass wir in Graz eine stark wachsende Stadt sind, wir haben es geschafft, zu einem wachsenden Innovationstechnologiedienstleistungszentrum zu werden. Über viele Jahre, über viele gute Budgetbeschlüsse hinweg, denen Sie leider nie zugestimmt haben. Wir haben eine Wirtschaftsstrategie, eine Wirtschaftsstrategie, die uns dabei hilft, auf Nachhaltigkeit zu setzen. Den fruchtbaren Boden, den Humus für Unternehmen aufzubereiten, leider haben Sie der nie zugestimmt. Sie haben heute wieder sehr überzeugt gegen Arbeitsplätze gestimmt, indem Sie gegen die Schaffung der Geschäftsstelle beim Amt für Wirtschaft und Tourismus gestimmt haben. Wir haben 106 Millionen Euro Kommunalsteueraufkommen, so viel wie nie zuvor, das heißt, wir haben Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen. Wir haben 158.000 unselbstständige Erwerbstätige in dieser Stadt. Ja wo kommen die bitte her? Über planwirtschaftliche Ideen, überall wo der Kommunismus Wirtschaft betrieben hat, hat er die Wirtschaft kaputt gemacht, weil einfach keine Arbeitsanreize geschafft werden (*Applaus ÖVP*). Oder er macht einfach, meine Damen und Herren, die Menschen so arm, dass sie

nicht mehr in der Lage sind, Widerstand zu leisten, weil sie pausenlos um das Überleben kämpfen.

***Zwischenruf GR. Krotzer: Aber Spanien und Griechenland sind nicht kommunistisch.***

GR. Mag. **Frölich**: Ich erinnere mich an meine Jugend, meine Damen und Herren, und ich habe ein Sieben-Punkte-Programm für Sie. Unter dem Kommunismus gibt es keine Arbeitslosigkeit, zweitens, obwohl es keine Arbeitslosigkeit gibt, hat nur die Hälfte der Bevölkerung Arbeit, drittens, obwohl nur die Hälfte der Bevölkerung Arbeit hat, werden die Fünf-Jahres-Pläne immer erfüllt, viertens, obwohl die Fünf-Jahres-Pläne immer erfüllt werden, gibt es nie etwas zu kaufen, fünftens, obwohl es nie etwas zu kaufen gibt, ist jeder glücklich und zufrieden, sechstens, obwohl jeder glücklich und zufrieden ist, gibt es ständig Demonstrationen, siebtens, obwohl es ständig Demonstrationen gibt, wird die Regierung immer mit 99,9 % gewählt. Das wünsche ich mir nicht (*Applaus ÖVP*). Wir stimmen der Dringlichkeit zu, weil die Dringlichkeit gegeben ist, aber wir wollen eines nicht, mir fällt ein Wort von Kant ein, der gesagt hat: „Jede Herrschaft ist besser als keine“, dem stimme ich auch nicht zu. Fakt ist, dass der Weg, den Sie in dem Motivenbericht beschreiben, der falsche Weg ist. Sie bekämpfen Symptome, die Sie mit Ihren Beschlüssen auslösen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit dieses Antrags? Wenn das jetzt nicht der Fall ist, dann möchte ich mich als zuständiges und auch im Antrag angesprochenes Regierungsmitglied zu Wort melden. Grundsätzlich möchte ich der KPÖ für diesen Antrag danken und damit auch dem Interesse der KPÖ an Arbeitsmarktpolitik dafür den Dank aussprechen. Wir werden auf jeden Fall auch der Dringlichkeit zustimmen, und der Kollege Vargas hat Recht. Wir sind Gott sei Dank in Österreich, in der Steiermark, im internationalen, im EU-Vergleich noch relativ gut, was die Arbeitslosigkeit betrifft, vor allem was die Jugendarbeitslosigkeit betrifft. Das rührt daher, dass wir eine lange Tradition haben in aktiver Arbeitsmarktpolitik und dass diese Tradition aus meiner Sicht sehr stark sozialdemokratische Handschrift hat, aber dass viele Parteien, eigentlich alle Parteien, diesen Weg auch seit Jahrzehnten mittragen und dass es einen Konsens gibt in Österreich, einen politischen, dass es etwas gibt, was immer zu bekämpfen ist und das ist Arbeitslosigkeit und das ist gut so. Dass mir und uns als Fraktion dieses Thema Arbeit und Beschäftigung am Herzen liegt, das können Sie mir, glaube ich, nicht absprechen. Ich habe vor der Wahl dieses Ressort gefordert. Dieses Ressort gibt es jetzt offiziell. Wir werden jetzt über den Sommer auch alles auf die Beine stellen. Und dieses Ressort hätte es eigentlich gesetzlich nicht geben müssen, das wissen Sie auch. Wir haben eigentlich keine großen Kompetenzen in diesem Bereich. Wir halten es aber für wichtig, dass es in der Kommune jemanden gibt, der sich dafür zuständig fühlt, dass das auch auf Beamtenebene jemand gibt, der verhandeln kann. Der mit einzelnen Stakeholdern laufend verhandeln kann, nicht erst im Zuge einer Regionalkonferenz, sondern, wie Sie sich vorstellen können, bin ich jetzt schon laufend in Gesprächen mit unterschiedlichen Partnern und Partnerinnen, ob das die Arbeiterkammer ist, ob das das AMS natürlich als erster Ansprechpartner ist, ob das die vielen Beschäftigungsbetriebe in der Stadt Graz sind. Erst heute haben wir einen einstimmigen Beschluss gemacht, in dem wir über eine halbe Million Euro für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung gestellt haben, nämlich indem wir

über eine halbe Million Euro dem Verein ERFA zur Verfügung gestellt haben. Also wir machen ja jetzt schon vieles und da braucht sich Graz wirklich nicht verstecken. Wir haben diese Mittel im Bereich von ERFA heuer wirklich erhöhen können. Wir haben ein Lehrlingsprojekt, das läuft, das im letzten Herbst begonnen wurde, wo 12 Lehrlinge 2012 begonnen haben. Auch heuer werden weitere 12 Lehrlinge im Rahmen dieses konkreten Projektes aufgenommen. Da geht es um Lehrlinge, die am ersten Arbeitsmarkt keine Chance hätten. Unser Ziel muss es natürlich auch sein, generell die Anzahl der Lehrstellen zu erhöhen. Dafür wird es auch im Herbst eine Strategie und einen konkreten Plan von meiner Seite geben. Und, Herr Kollege Luttenberger, ich sehe es als meine Aufgabe als zuständiges Stadtsenatsmitglied, zuständig für Arbeit und Beschäftigung, dass ich diese Gespräche jetzt schon laufend führe und dass ich jetzt schon daran arbeite und dass ich nicht erst im Spätherbst eine Regionalkonferenz veranstalte, wo eben, und ihre Befürchtung teile ich, wie wir dann einen Tag zusammensitzen und vielleicht dann am Ende des Tages rausgehen und sagen, dass war jetzt irrsinnig interessant, aber gebracht hat es im Endeffekt wahrscheinlich nicht viel. Und darum möchte ich gern schon andeuten, dass meine Fraktion einen Abänderungsantrag einbringen wird, wo es eben darum geht, dass wir im Herbst einmal über diesen Bericht und über diese Strategie reden, die ich, wie gesagt, im Herbst vorlegen möchte. Einerseits generell die Arbeitsmarktstrategie für die Stadt Graz und zweitens auch ganz konkret, wo wollen wir welche Lehrstellen schaffen. Die KPÖ sagt das ja immer so schön: Helfen statt Reden. Ich führe es sogar weiter und sage: Arbeiten statt Reden (*Applaus SPÖ*).

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke für Ihre Wortspenden und es freut mich natürlich, Frau Vizebürgermeisterin, dass Sie sozusagen gar nicht warten, sondern sofort das in die Hand nehmen, ist eine gute Sache. Zum Herrn

Gemeinderat Frölich möchte ich sagen, ich sage einmal danke, dass auch die ÖVP der Dringlichkeit zustimmt und ich denke, wir müssen einmal im Sommer auf ein Bier gehen wir Zwei, weil ich sage Konferenz, du sprichst von Revolution. Ich sage Arbeitsmarkt und du sagst Planwirtschaft. Also irgendwie müssen wir da eine gewisse Kommunikationsebene finden, dass wir uns da besser verstehen, aber ich denke, wir können da trefflich diskutieren.

*Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das ist die Propagandasprache.*

GR. **Luttenberger**: Aha, alles klar. Aber ich denke, das mit dem Bier oder mit dem Kaffee können wir trotzdem machen und dann werden wir das tun. Keine Revolution, eine Konferenz, wo wir wirklich ernsthaft über dieses große Problem nachdenken und Lösungen finden. Ich bedanke mich (*Applaus KPÖ und Grüne*).

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

GR. **Martiner** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Kolleginnen, Kollegen, lieber Kurt! Wir kennen uns ja, wir sind auch in der Arbeiterkammer als Kammerräte tätig und ich bin überrascht gewesen, dass du diesen Antrag heute auch im Stadtparlament einbringst, hier im Gemeinderat, weil ich bin überzeugt davon, du warst ja auch die letzten Jahre immer als Kammerrat als Arbeitnehmervertreter mit

dabei und Konferenzen, Regionalkonferenzen, steirische Konferenzen, bundesweite Konferenzen, das alles gibt es in der Vernetzung der gesamten Sozialpartnerschaft, sind alle bemüht, Arbeitsplätze zu schaffen. Und wie Kollege Frölich auch ausgeführt hat, jeder Arbeitslose ist bestimmt einer zuviel. Und im Vorfeld des Antrages mit dem Roten Kreuz, falsche Adresse teilweise ist schon rausgekommen, und jetzt hast heute ein glückliches Händchen gehabt. Nämlich wenn ich da nur aufzählen möchte, nur demonstrativ, was die österreichische Bundesregierung und alle zuständigen Stellen versucht haben über diese Wirtschaftskrise hinweg und die ist real, die ist vorhanden, wie in Österreich nach wie vor Arbeitslosigkeit leider da ist, aber mit 7,4 % in Graz zu hoch, kein Frage. 9,4 % Jugendarbeitslosigkeit, keine Frage, auch zu hoch, aber Kurzarbeitsmaßnahmen, Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitsstiftungen, in schwierigen Zeiten Kurzarbeit verlängert, Ausbildungsgarantien bis 18, überbetriebliche Lehrwerkstätten, Beschäftigungsoffensive für ältere Arbeitnehmer, Lohn- und Sozialdumpinggesetz in Österreich, dass wir das Lohnniveau schützen können, mehr Rechte für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Also nur einige Punkte aufgezählt, lieber Kurt. Und auch die Frau Vizebürgermeisterin hat auch zur Dringlichkeit bei ihrer Wortmeldung schon gesagt, dass es auch aus der Stadt Graz mit diesem Ressort Beschäftigung und Arbeit schon im Vorfeld schon Initiativen und Gespräche überall auf allen Ebenen laufen. Es braucht halt auch seine Zeit, aber wenn wir einen großen Tisch mit allen Genannten, die du einladen willst, brauchen wir wahrscheinlich die Messe und ob dann eine effiziente Arbeitsmarktpolitik rauskommt, weiß ich nicht. Ich bin überzeugt davon, dass wir alle schon gut vernetzt sind und dementsprechend auch hoffentlich die Arbeitslosigkeit noch weiter in Österreich runterdrücken können, dass die Menschen Beschäftigung haben, das ist das Wichtigste. Und nun möchte ich zum Abänderungsantrag kommen: Frau Bürgermeisterstellvertreterin Martina Schröck legt dem Gemeinderat im Herbst 2013 einen Bericht über bereits in Umsetzung befindliche und notwendige beziehungsweise geplante arbeitsmarktrelevante Maßnahmen vor. Forderungen an

Bund und Land, die sich aus den derzeit laufenden Vernetzungsgesprächen mit relevanten gesellschaftlichen Kräften in der Region ergeben sollten, werden in diesem Bericht aufgelistet und in weiterer Folge als Petition an den Gemeinderat eingebracht. Ich bitte den Gemeinderat um Unterstützung zu diesem eingebrachten Abänderungsantrag. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Krotzer**: Ich möchte Stellung nehmen zu diesem Abänderungsantrag, der hier von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht worden ist und eine kurze historische Rückschau machen und zwar auf das Jahr oder den Herbst 2012, noch vor den Gemeinderatswahlen wo eines der Wahlversprechen der SPÖ gewesen ist, 500 neue Lehrstellen zu schaffen. Es hat kleine Erfolge gegeben in diesem Bereich, aber von den 500 ist man sehr weit entfernt.

***Zwischenruf GR. Martin: Wie soll man in fünf Monaten 500 Stellen finden?***

GR. **Krotzer**: Es war eines eurer Versprechen, in dem Bereich ist sehr wenig weitergegangen. Insofern bin ich der Meinung, dass es wichtig ist, dass es in dem Bereich angesichts dessen, was es für ein brennendes Problem ist und das jeder arbeitslose Jugendliche eine sozialen Katastrophe darstellt, dass dieses Problem so wichtig ist, dass es eine breite Auseinandersetzung mit dem Thema braucht, dass es eine breite Bewusstseinschaffung braucht, dass dafür auch viele Expertinnen und Experten miteinbezogen werden müssen und dass man dann auch breite Initiativen



schaffen können. Insofern können wir von der KPÖ diesen Abänderungsantrag eigentlich nur so bewerten, als das man sagen kann, damit sollte sie in der Versenkung verschwinden, damit will man eigentlich diesen dringlichen Antrag der KPÖ zum Verschwinden bringen. Und zum Kollegen Frölich nur eine kurze Anmerkung, also ihr plumper Antikommunismus, den Sie da irgendwie auch zum Gelächter und Gehöhne manch anderer irgendwie vortragen, der wird die sozialen Probleme in Graz ganz bestimmt nicht lösen und das sei auch dargelegt. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Lieber Herr Gemeinderat Krotzer! Da muss ich jetzt schon etwas dazu sagen. Die 500 Lehrstellen sind ein langfristiges Ziel, ich glaube, das ist Ihnen klar. Im Jahr 2012 hat es in der Stadt Graz 38 Lehrstellen gegeben, heuer Ende des Jahres, also ein Jahr später, Ende 2013, werden wir wahrscheinlich im dreistelligen Bereich landen. 38, 100, das ist eine Steigerung von über 100%, ich glaube, das ist nicht so schlecht (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Festgestellt gehört trotzdem, dass Arbeitsplätze, die letztlich dann auch Geld reinspülen in die Kassa der Stadt Graz oder in die Kassa des Staates, in erster Linie Selbstständige schaffen und dass die das in Graz zumindest in den letzten Jahren sehr gut gemacht haben. Nichtsdestotrotz soll man sich darüber Gedanken machen, was wir auch als Kommune beziehungsweise was der Gemeinderat dazu beitragen kann, dass eine Situation in Graz vorherrscht, dass insgesamt Menschen, die das Gefühl haben, dass sie nicht mehr gebraucht werden, auch wieder hereingeholt werden. Es ist so, da braucht man nur in die

nähere Umgebung schauen, dass in etlichen Ländern, in Italien, nicht ganz in der Nähe, aber in Spanien, aber zum Teil auch in Deutschland die Arbeitsplatzsituation sehr schwierig ist und dass es auch dazu führt, dass Menschen auf die Straße gehen in London, in Amsterdam, Spanien, Portugal in letzter Zeit, weil sie das Gefühl haben, dass diese Gesellschaft sie nicht mehr braucht. Dass wir einfach Menschen in unserer Mitte haben, die quasi von uns signalisiert bekommen, ob ihr ein Talent habt oder nicht, das ist uns eigentlich wurscht, lasst uns in Ruhe. Ein bisserl ein Problem habe ich deshalb auch damit, das hab ich schon mehrmals hier im Gemeinderat gesagt, dass wir diese Form der Mindestsicherung eingeführt haben, anstelle der Mindestsicherheit eigentlich das Recht auf Mindestbeschäftigung eingeführt gehört, sodass jeder ein Recht hat (*Applaus ÖVP*), dass er auch auf eine Beschäftigung oder auf die Möglichkeit, seine Talente auch einzubringen, und dafür gehört natürlich auch ein Mindestentgelt oder ein Mindestgehalt gezahlt. Also ich denke, man hat ein bisserl das Pferd von der falschen Seite aufgezäumt. Diese Diskussion gehört geführt, sodass vor allem junge Menschen, aber generell Menschen im Arbeitsmarkt bei Tätigkeiten in Beschäftigung gehalten werden und das wäre die Aufgabe oder das ist die Aufgabe, glaube ich, auch einer Kommune, weil alles andere, glaube ich, können Unternehmer auch besser und müssen wir auch froh sein, wenn es genug Unternehmen gibt, die sich das antun, die sich trauen, auf den Markt mit einem Produkt zu gehen, letztlich auch Mitarbeiter anzustellen und damit auch die Kassen, die wir dann gerne ausgeben, auch zu füllen. Aber gerade dieser zweite Arbeitsmarkt oder dieser Parallelarbeitsmarkt Beschäftigung schaffen, das ist Aufgabe, die letztlich auch die Kommune hat und das war auch der Grund, warum der Bürgermeister im vergangenen Jahr diese Lehrlingsinitiative gestartet hat, wo wir gesagt haben, nicht grundsätzlich Lehrlinge ausbilden, die dann bei der Stadt Graz keine Beschäftigung finden, aber Lehrlinge aus besonders schwierigen Familienverhältnissen auszubilden, die generell schwieriger am freien Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz finden, das könnte Aufgabe einer Kommune sein und damit haben wir auch begonnen, das wir da auch

von der Frau Vizebürgermeisterin fortgesetzt. Im Übrigen schließe ich mich da schon auch dem Kollegen Martiner an. Es gibt leider ganz viele Arbeitskreise, die ständig dann genau zu diesem Thema in der Sozialpartnerschaft zwischen Stadt – Land, zwischen Stadt - AMS, also gesprochen wird viel, besser als das Reden ist das Tun. Besser als das Tun ist das Sein, aber wir werden als ÖVP dem Antrag der SPÖ zustimmen. Wir wollen einmal wissen, was jetzt sachlich da ist, wir wollen den Bericht aus dem neu geschaffenen Arbeitsreferat dann auch haben und dann können wir noch immer schauen, was wir als Kommune machen. Letztlich die Überzeugung von der ÖVP, Arbeitsplätze schaffen in erster Linie Selbstständige, aber als Gemeinde, aber auch als Gemeinderat müssen wir schauen, dass alle Menschen in Graz auch Beschäftigung haben. Danke (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR. **Haberler:** Werte Gemeinderatsmitglieder! Ich melde mich jetzt da zu Wort, weil ich einfach festhalten möchte, dass irgendwie, ich glaube, die Kommunisten glauben, dass sie Jobs machen können und die sind aber sehr weit davon entfernt, denn die Aufgabe der Politik, das sehe ich so, ist es, so ein Fundament zu schaffen, dass Unternehmer hergehen können und Jobs machen. Wir sollten Menschen dazu animieren, dass sie unternehmerisch tätig werden und die Politik, so wie sie von der kommunistischen Partei immer wieder praktiziert wird, liest man in der Zeitung, das ist so quasi, ich bringe euch die Fische, damit ihr was zu essen habt, aber vielleicht sollte man einmal darüber nachdenken, den Leuten auch das Fischen beizubringen, damit sie sich selbst ernähren können und an dem Punkt, finde ich, sollte man ansetzen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Luttenberger:** Sehr geehrte Damen und Herren! Selbstverständlich wünsche ich das Schlusswort. Einerseits muss ich ja sagen, dass ja schon jetzt durch die wenigen Wortspenden, die da gekommen sind, ich Impulse bemerkt habe. Ich sage nur Mindestsicherung und Mindestbeschäftigung, also ein Grund mehr, warum Mann/Frau sich zusammensetzen sollte, um das einmal genauer zu hinterfragen und zu analysieren. Ich möchte Sie aber mit den aktuellen Arbeitslosenzahlen sozusagen konfrontieren. Also derzeit sind in Graz 13.444 Damen und Herren ohne Beschäftigung, das ist 13,3 % und das ist ein ziemlich dramatischer Anstieg und wenn man jetzt salopp sagt, das habe ich auch in der Presseaussendung so formuliert, könnte man behaupten oder ich behaupte, dass in jeder Familie, auch in den Bekanntenkreisen, die Sie möglicherweise oder in euren Bekanntenkreisen gibt es mindestens eine Person, die entweder keine Arbeit hat oder in einem prekären Arbeitsverhältnis arbeitet in Graz, da traue ich mich wetten und da sehe ich eben das Problem. Und ich gebe allen Recht, die sagen, ja Reden alleine ist es nicht, aber andererseits ist es wichtig, dass man das Problem, dass alle Fraktionen das Problem erkennen und sich an einen Tisch setzen und auch da sage ich nichts Neues, ich sage nur, 1998 war das überhaupt kein Problem bei Bürgermeister Stingl, dass er das organisiert hat und es ist ja gut, wenn man ununterbrochen sich mit dieser Materie beschäftigt, da sage ich ja nichts dagegen. Ich meine, ich denke, wenn ich da durch die Stadt gehe in dieser Wahlzeit, Nationalratswahl, und der Herr Bundeskanzler Faymann plakatiert groß. „Wir kämpfen oder ich kämpfe um jeden Arbeitsplatz“, ja dann bin ich natürlich voll bei ihm und ich würde ihn auch dann gerne nach der Wahl fragen, ob er dann den Blinker, den linken, wieder eingesteckt hat und gerade oder rechts weiterfährt oder ob es sozusagen wirklich eine ernsthaft gemeinte Absichtserklärung eben ist. Und zur Unternehmergeschichte zum Schluss vom Herrn Kollegen möchte ich noch sagen, ich persönlich habe überhaupt nichts dagegen, dass sich Leute selbständig machen und versuchen, unternehmerisch tätig zu sein. Ich stehe an und für sich mehr für die Kolleginnen und Kollegen da, die eben einerseits

diese Möglichkeiten nicht haben oder unter die Räder gekommen sind. Denn eines sage ich jetzt schon populistisch und salopp, wenn es darum geht, in Österreich eine Bank zu retten, schnell ein paar Milliarden hineinzubuttern, da hat man innerhalb weniger Stunden den Beschluss. Wenn es darum geht, über soziale Problematik nachzudenken, da wird das alles zum Problem und das wollte ich gesagt haben (*Applaus KPÖ*).

***Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit angenommen.***

### **3) Sanierung der Landesstraßen in Graz; Petition an den Verkehrslandesrat**

GR. Dipl.-Ing. **Savernik** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dipl.-Ing. **Savernik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die Landesstraßen in Graz in einem zum Teil wirklich desolaten Zustand sind, ist wirklich kein Geheimnis. Laut den Erhebungen der Holding Graz sind 13 Landesstraßen im Stadtgebiet in einem besonders desolaten Zustand. Die Straßenabschnitte in der Kärntner Straße, Mariatroster Straße oder am Weblinger Gürtel, das sind vor allem auch überregionale Straßen mit einer überregionaler Bedeutung, und da muss ich jetzt schon ansetzen, weil es ist nämlich ärgerlich, wenn bei einem Gesamtbudget von 20 Millionen Euro und dann noch dazu 15 Millionen aus einer Sonderdotierung, die die Landesstraßen in Graz bekommen haben, die Stadt Graz nicht mit einem einzigen Cent überhaupt nur vertreten ist. Ich sehe ein, dass natürlich bei 20 Millionen, das ist nicht viel, ein Schwerpunkt gesetzt werden muss,

aber in Graz keine einzige Straße dazu quasi einzuplanen, das ist absolut nicht möglich.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den zuständigen Verkehrslandesrat Gerhard Kurzmann auf, die Nicht-Berücksichtigung der dringend sanierungsbedürftigen Landesstraßen in der Stadt Graz im aktuellen 20-Millionen-Sanierungspaket noch einmal zu überdenken und ersucht ihn eindringlich um rasche Aufnahme von Verhandlungen mit der Stadt Graz, um auch das Grazer Landesstraßennetz in diesem Sanierungsprogramm zu berücksichtigen. Danke (*Applaus SPÖ*).

*Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.*

GR. **Haberler** zur Dringlichkeit: Werter Gemeinderat, liebe Zuhörer! Ich kann mich der Dringlichkeit nur anschließen, weil offensichtlich Graz wirklich ausgespart wird und das ist in Graz, noch dazu die Landesstraßen in Graz, das sind sehr stark befahrene Straßen, wo neben Wohnbauten sind und durch diese kaputten Straßen und auf den Lkw-Verkehr da drüberrollt, werden natürlich die Leute da sehr stark in Mitleidenschaft gezogen, was im Freiland nicht so der Fall ist. Deswegen kann ich mich den Worten des Herrn Savernik nur anschließen und wir werden der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Savernik! Auch wir sehen die Dringlichkeit zu diesem Antrag. Aber doch einige Anmerkungen, einige wenige Stunden vorher, wo du gesagt hast, dass dir der öffentliche Verkehr ebenso wichtig ist wie der Straßenverkehr. Ich sehe hier, du setzt ein Zeichen in Richtung Straßenverkehr. Beim öffentlichen Verkehr hoffe ich das auch...

*Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Schartel: Auch der Bus fährt auf der Straße.*

GR. **Dreisiebner**: Ach so, der fährt auch auf der Straße, danke für die Mitteilung, das werde ich beim nächsten Mal, wenn ich den Bus nutze, dann besonders beachten, ob das alles stimmt. Interessant finde ich ja nebst dem Studium der größten steirischen Zeitung, wo man über zwei Seiten hinweg gesehen hat, dass der zuständige Verkehrsstadtrat scheinbar nicht mit dem seiner Fraktion zugehörigen Verkehrslandesrat reden kann, sondern das Ganze über die Zeitung abwickelt und jetzt auch noch die Unterstützung durch die Sozialdemokraten hier im Gemeinderat erhält, weil da halt irgendetwas intern nicht passt. Also scheinbar ist es nicht möglich, am kurzen Weg einmal ein Telefonat, ein Gespräch bei Kaffee, Bier oder sonst was herbeizuführen, um dem zuständigen Landesrat Kurzmann zu sagen, dass es auch in Graz große Probleme gibt. Stattdessen bemüht man den Gemeinderat um einen Beschluss, aber wir wollen dem nicht im Wege stehen und stimmen zu. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

#### **4) Entwicklung eines wirksamen Konzeptes gegen Graffiti-Schmierereien**

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Es fällt mir schon seit längerer Zeit auf, dass in Graz sehr viele Wände mit Graffiti beschriftet sind. Teilweise sind es obszöne und sexistische Inhalte, mit denen unsere Kinder zwangsläufig konfrontiert werden.

Das ist nicht nur nicht schön, sondern man gerät als Mutter oder auch als Vater unter Erklärungsnotstand.

Sehr viele europäische Großstädte haben dieses Problem der Sprüher-Szene ebenso. Betroffen sind zum Beispiel Privathäuser, Lärmschutzwände, vor allem bei der Bahn fällt es mir auf, und die Schadenshöhen erreichen im Jahr Beträge an die 100.000 Euro. Diese Situation in den Griff zu bekommen, ist sehr schwierig, aber es gibt verschiedene Ansätze und Konzepte, die bereits entwickelt wurden. Zum Beispiel in Salzburg und Klagenfurt gibt es einen ganz guten Ansatz. Hier werden öffentliche Flächen zur Verfügung gestellt, welche im Rahmen von Wettbewerben gestaltet und prämiert werden. Auch für Graz erachte ich die Möglichkeit über den Ansatz eines künstlerischen beziehungsweise kulturellen Projektes einen Akzent in die richtige Richtung zu setzen, für vielversprechend.

Es existiert bereits ein Pilotprojekt im Auftrag der Stadt Graz, in dessen Rahmen Fassaden mit einem speziellen Antigrffiti-Anstrich versehen werden, der die Entfernung von Sprühlack deutlich erleichtern soll. Allerdings halte ich die ausschließliche Entfernung illegaler Graffiti und Beschmierungen nur für eine gute Teilkomponente des Gesamtproblems.



Deshalb stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz – im Speziellen das Kulturamt und die zuständige Kulturstadträtin – werden höflich ersucht, ein für die Stadt Graz taugliches künstlerisch-kulturelles Konzept im Sinne des Motivenberichtes unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse der betroffenen Flächen zu entwickeln, dessen Umsetzung zu prüfen und dem Gemeinderat ehebaldigst Bericht darüber zu erstatten (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Kaufmann** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat! Die junge ÖVP hat das Thema Graffiti immer wieder in den vergangenen Jahren thematisiert, weil halt nun einmal auf der einen Seite die Kunst, aber auf der anderen Seite der Vandalismus da ist. Stichwort Graffiti-Bim, ist, glaube ich, allen bekannt, die durch Graz flitzt, wir haben auch immer wieder Flächen auch dafür gefordert, die zur Verfügung stehen, damit die Kunst ausgelebt wird. Also ein wirklich wichtiges Thema, wie das die Kollegin auch schon angesprochen hat, daher wird die ÖVP der Dringlichkeit zustimmen und auch dem Inhalt zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda**: Wir werden der Dringlichkeit auch zustimmen, wir möchten nur eines definitiv sagen, wir möchten uns von dem Motivenbericht distanzieren. Da sind ein

paar Sachen, die uns definitiv nicht gefallen, drinnen, es ist natürlich ersichtlich, es geht um Drohen und Überwachungsapparate, die man möglicherweise natürlich über Graz dann fliegen sehen kann, wo man Sprayer und böse Menschen überwachen kann. Ist der Part, der uns definitiv nicht gefällt, deswegen wir werden der Dringlichkeit zustimmen, wir freuen uns auch drüber, wenn dementsprechend mehr Freiflächen für kreative Künstler entstehen werden dadurch, deswegen sehen wir auch die Dringlichkeit gegeben, aber eben bitte zu protokollieren, dass wir uns vom Motivenbericht definitiv distanzieren möchten. Dankeschön.

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther**: Werte KollegInnen! Ich kann mich da oder ich glaube, wir alle können uns der Aussage von dem Kollegen Pacanda ganz gut anschließen. Als wir von den Drohnen gelesen haben, haben wir auch erstmals geschluckt, aber wir haben es dann sehr positiv zur Kenntnis genommen, dass die FPÖ eben nicht das als Vorschlag macht, sondern darauf setzt, mit Positivmaßnahmen, nämlich mit der Zurverfügungstellung von Flächen, dem entgegenzuwirken versucht und dem können wir eigentlich nichts entgegensetzen (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

StR.<sup>in</sup> **Rücker** zum Antrag: Sehr geehrte Antragstellerin, liebe Kollegen/Kolleginnen! Ich fühle mich einerseits recht geehrt, dass bei so komplexen Problemstellungen nach der Kulturstadträtin gerufen wird. Ich möchte noch einmal versuchen auseinanderzuklauben, um was es geht. Das berechtigte Anliegen, zum Thema

Vandalismus und Schmierereien im öffentlichen Raum Lösungen zu finden, ist auch in unterschiedlichen Städten, wie genannt, unterschiedlich angegangen worden. Wir haben uns näher erkundigt und haben aber festgestellt, dass alle Maßnahmen, die in dem Bereich gelegen sind, von den dortigen Jugendbereichen übernommen wurden, also dass dort die Jugendreferate, Jugendabteilungen diese Aufgabe, nämlich das Thema, wie geht man mit Aggression im öffentlichen Raum um, wie geht man mit Zerstörungswut etc. um, aus diesem Bereich bearbeitet wird und gleichzeitig möchte ich natürlich als Kulturreferentin, deswegen gibt es ja auch keine Zustimmung von einer Grünen, in dem Fall zur Dringlichkeit, natürlich dazusagen, dass wir zum Thema Street Art, also was im Bereich der künstlerischen Gestaltung von Flächen im öffentlichen Raum ist, natürlich laufende Gespräche führen. Es wird demnächst wieder ein Projekt an der Mauer des Gefängnisses demnächst präsentiert werden, das natürlich auch von uns unterstützt wird, das heißt, hier gibt es ständig Gespräche, Abklärungen und immer wieder gemeinsame Projekte. Hier fühle ich mich zuständig und natürlich fühle ich mich als Kulturamt immer auch zuständig, wenn wir schauen, wie wir zu kreativen Lösungen kommen, aber ich möchte schon gerne noch einmal die Kirche ins Dorf stellen, es wird nicht möglich sein, indem man sagt, man stellt Flächen zur Verfügung und widmet sich dem Bereich des Street Art, dadurch ein anderes Problem sozusagen wegzunegieren, ich habe es das letzte Mal auch schon gesagt, man bringt den Vandalismus und Zerstörung im öffentlichen Raum nicht damit weg, indem man für künstlerische Gestaltung Flächen zur Verfügung stellt, und bei den Flächen möchte ich noch einmal an den Herrn Stadtrat ganz direkt herantreten, es gab von mir schon vor einigen Jahren den Wunsch und auch eigentlich die positive Antwort, dass von Seiten der Liegenschaftsverwaltung hier eine Erhebung gemacht wird und einmal dargestellt wird, welche Flächen die Stadt zur Verfügung stellen könnte. Diese Erhebung erwarte ich immer noch, also hier ist eindeutig der Liegenschaftsreferent gefordert und damit wird eine weiterhin übergreifende Annäherung notwendig sein. Aber zum Thema Verhinderung, wenn

das Antragsziel ist, Vandalismus auszuschalten beziehungsweise zu reduzieren, und Graffiti zu reduzieren sehe ich mich als Kulturstadträtin nicht angesprochen, das muss ich ganz klar sagen. Zum Thema Street Art ja und auch zum ganzen Bereich das zu unterstützen, wenn man in dem Bereich, weiterkommen, bin ich voll dabei, aber nicht, weil es einfach nicht stimmt, wir wissen es auch aus allen anderen Städten, dass es zwar die Flächen gibt, aber gleichzeitig trotzdem Vandalismus dort stattfindet, wo er stattfindet und da andere Notwendigkeiten, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit, der offenen Jugendarbeit, zu liegen kommen. Insofern gibt es keine Unterstützung von uns, weil im Street-Art-Bereich sind wir aktiv und in anderen Bereichen braucht es andere Ansätze.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Vielleicht noch als Hinweis von meiner Seite, weil ich angesprochen wurde. Ich kann das gerne nochmals aufgreifen. Im öffentlichen Raum, soweit die Stadt Graz Eigentümerin ist, wobei mir nicht klar ist, auch ein bisschen da die Erwartung dämpfen möchte, ich kann mir nicht vorstellen, dass vor allem in Innenstadtbereich es möglich sein wird, da Hauswände zur Verfügung zu stellen. Je weiter weg vom Zentrum und damit eben auch bei einigen Gebäuden, die im Moment möglicherweise auch vor einer Sanierung stehen, dass man das vorübergehend machen kann, kann ich mir wiederum sehr gut vorstellen und auch bei anderen öffentlichen Anlagen. Zum Teil werden sie ja soundso genutzt und dafür, wie etwa an der Mur unter den Brücken. Ich werde das gerne aufgreifen.

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Natürlich können wir dem Vandalismus und diversen Schmierereien nicht entgegenwirken, das ist auch ein langfristiges Problem. Ich sehe

das momentan aber kurzfristig und deshalb denke ich, dass solche Aktionen, um das einmal schnell zu entfernen, weil eine Reinigung oft sehr schwer oder gar nicht möglich ist, als sehr guten Ansatz. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

### **5) Forcierung der Grazer Open Government-Data-Politik**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag ist, wie schon erwähnt, zum Thema Open Government Data und die Open-Government-Data-Politik der Stadt Graz. Um es vom Motivenbericht her kurz zu machen, weil doch einige Bereiche sehr technisch sind. Vielleicht kurz die wichtigsten Punkte. Open Government Data ist ja ein Beschluss, den wir hier im Gemeinderat 2012 schon getroffen haben, nämlich mit einem Grundsatzbeschluss, dass alle jene Verwaltungsdaten, also Daten, die gesammelt und verarbeitet worden sind, der Öffentlichkeit kostenfrei und in einem technisch wiederverwertbaren Format zur Verfügung gestellt werden. Also all jene Daten, gegen die jetzt nicht irgendwelche Datenschutze, personenbezogene Dinge sprechen. Das Ganze steht unter dem Aspekt, dass Transparenz und Datenfreigabe auch einen Wert hat in verschiedensten Bereichen, einerseits natürlich Transparenz in der Politik und in der Gebarung der Verwaltung zeigt, andererseits eine Möglichkeit ist, auch für Web und andere Entwicklerinnen und Entwickler daraus intelligente Anwendungen zu machen. Ein paar Beispiele habe ich auch mit Bildern angeführt. Zum Beispiel gibt es in Linz eine

sehr, sehr gute Applikation für Smartphone-Handys, mit denen man wirklich Echtzeitdaten bekommt, was die öffentlichen Verkehrsmittel betrifft, das heißt, ich kann eingeben, ich stehe momentan hier, was ist die schnellste Verbindung vom Punkt A zum Punkt B, erfahre, welcher Bus oder welche Bim gerade Verspätung hat, ob es vielleicht gescheiter ist, ein Stück zu Fuß zu gehen und dann die andere Bim zu erwischen usw. Es gibt aber auch Anwendungen, die zum Beispiel für Wissenschaft und Forschung wichtig sind, es gibt Anwendungen, wie ich sie auch hier erwähnt habe, zum Beispiel zu den Finanzdaten, die das visuell aufbereiten und einer breiteren Öffentlichkeit nachvollziehbar machen, was unsere zweibändigen, zehn Zentimeter oder mehr dicken Budgets eigentlich so im Groben beinhalten und das ist jetzt auch eine Initiative oder ein Grundsatz, der nicht allein in Graz existiert, sondern in etlichen österreichischen Städten und auch Ländern schon umgesetzt ist beziehungsweise gestartet wurde und steht eigentlich auch in einem ganzen internationalen Kontext. Ich habe hier ein Beispiel hereingenommen. Gerade Mitte Juni hat sogar die G8 sich dazu entschlossen, eine Open-data-charta zu erlassen, immer mit dem Grundsatz Open by Default. Es erinnert vielleicht auch an diese ganzen Transparenzgesetze, dass also Bürgerinnen und Bürger nicht BittstellerInnen sind, wenn es darum geht, Informationen über die öffentliche Verwaltung und über Entscheidungen zu bekommen, sondern dass grundsätzlich einmal das umgedreht wird, nicht Amtsgeheimnis als Standard, sondern Datentreiber als Standard, es sei denn, es sprechen eben Personenschutz, also Datenschutzgründe, dagegen. Weshalb ich diesen dringlichen Antrag hier einbringe, ich habe gesagt, in Graz hat es auch schon begonnen und es gibt auch einige Bereiche, in denen schon sehr, sehr gute Fortschritte erzielt sind. Es gibt einen regen Austausch zwischen der Open-Government-Data-Community, das sind Leute, die selber Entwickler oder Entwicklerinnen sind, die von Uni und FH kommen oder einfach interessiert sind an diesen offenen Daten. Es gibt sehr gute Zusammenarbeit mit einzelnen Abteilungen in der Stadt auch, aber man muss auch sagen, das ist noch nicht wirklich in jedem

Bereich angekommen, dass der Grundsatz Open by Default eigentlich auch durch unseren Grundsatzbeschluss 2012 schon beschlossen wurde und es auch wirklich Umsetzung findet. Also nach wie vor ist es immer mühsam, wenn man von einer bestimmten Stelle Daten will, die jetzt noch nicht diesen Open-Government-Grundsatz verinnerlicht hat, zu erläutern, warum es geht, gegen Widerstände, weil halt auch eine Traditionsumkehr damit verbunden ist, anzukämpfen usw. und wichtig wäre eben, dass für alle Bereiche, sowohl im Magistrat als auch in den Tochterunternehmen, dieser Grundgedanke, die Daten gehören der Öffentlichkeit und es können damit sinnvolle Projekte umgesetzt werden, dass dieser Gedanke sich umsetzt. Aus diesem Grund haben sich einige Personen aus der OGD-Community an mich gewandt mit der Bitte, eine Petition für sie einzubringen, die diesem Gemeinderatsbeschluss auch beiliegt, die im Grund genau das beinhaltet, Forcierung der Open-Government-Data-Initiativen, aber auch zu prüfen, dass das mit ausreichenden personellen und sonstigen Ressourcen ausgestattet ist, dass wirklich das Bewusstsein auch in die Tochtergesellschaften hineingetragen wird und dass einfach eine Denkmkehr in allen Bereichen der städtischen Verwaltung stattfindet, dass die Daten der Bevölkerung gehören und nicht praktisch mit Amtsgeheimniszugang unter Verschluss gehört. Dass es einen Abänderungsantrag seitens der SPÖ gibt, der auch von der ÖVP unterstützt wird, der leider dieses klare Bekenntnis, das wir gewünscht haben, aus unserer Sicht etwas abschwächt, indem es auf die eigentlich nur einmal im Jahr tagende OGD-Strategiegruppe vertagt wird, dass die das entsprechend berücksichtigen möge. Ich weiß, ihr werdet das jetzt überstimmen und damit abändern, möchte aber trotzdem betonen, uns wäre es wichtig, wirklich ohne eine solche Einschränkung diesen Beschluss zu fassen. Den Einmal im Jahr das in diesem Gremium zu besprechen, das vielleicht ein/zwei Stunden tagt, ist aus meiner Sicht zu wenig und soweit ich auch vom Kollegen Pacanda weiß, er wird auch dabei bleiben, dass der ursprüngliche Beschluss gefasst

wird. Trotzdem danke für die Unterstützung, auch wenn es nicht so forsch ist, wie ich das gerne gehabt hätte. Danke (*Applaus Grüne*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.45 Uhr den Vorsitz.***

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz** zur Dringlichkeit: Wenn man die erfolgreiche Einführung von Open Government Data in anderen Städten sich anschaut, dann erkennt man, dass wir bei der Einführung von Open Government Data in Graz erst im ersten Drittel uns vom Prozess befinden. Das heißt, wir sind da relativ stark noch am Anfang. Aber man erkennt auch eines, man erkennt, dass der erste Weg sehr erfolgreich beschritten geworden ist, sehr professionell auch abgearbeitet wurde und dass wir da sehr gut auf einem Weg sind, Open Government Data in Graz erfolgreich einzuführen. Im nächsten Schritt auf der Prozesskette steht der Paradigmenwechsel an, nämlich es steht an, und das erkennt man bei den Einführungen in anderen Städten, dass im nächsten Schritt man wegkommt davon, dass Daten automatisch geheim sind und nur auf Zuruf eventuell veröffentlicht werden, sondern dass im nächsten Schritt nach diesem Paradigmenwechsel es so sein wird, dass Daten automatisch öffentlich sein werden und der Öffentlichkeit zugänglich sind, außer es sind natürlich private Daten, Daten, die sicherheitsrechtlich oder datenschutzrechtlich von Relevanz sind, und da wird jetzt auch ein kulturelles Umdenken in diesem Zusammenhang stattfinden. Diesen Weg müssen wir gehen, wir sind ihn bis jetzt erfolgreich gegangen, ich bin sehr, sehr zuversichtlich mit meiner Fraktion, dass wir diesen auch in diesem Sinne weiter auch gehen werden und können der Dringlichkeit nur zustimmen und sagen,



wir stehen voll hinter Open Government Data und sind davon überzeugt, dass Graz seinen erfolgreichen Weg auch fortschreiten wird. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. **Grossmann** zum Antrag: Herr Bürgermeister, hohe Stadtregerung, hoher Gemeinderat, meine Damen und Herren! Von der Kollegin Grabe schon angekündigt, haben wir einen Abänderungsantrag vorbereitet zu diesem, wie wir glauben, ausgesprochen wichtigen dringlichen Antrag, über den wir uns auch gefreut haben. Es hat auch von unserer Seite Gespräche gegeben natürlich mit der Community. Wir sehen diesen Prozess sehr positiv, wir sind auch sehr dankbar, dass er in Graz so gut angekommen ist, dass er vorangetrieben wird, dass es viel Initiative gibt, dass wir am richtigen Weg sind, auch den Paradigmenwechsel vorzunehmen. Ich hoffe, dass auch die Stadt Graz sozusagen wieder ein bisschen beispielgebend sein kann. Auch in Richtung des Transparenzgesetzes und dass wir grundsätzlich hier eine Veränderung mit dem Umgang öffentlicher Daten vornehmen können und ich würde nur glauben, liebe Daniela, dass es nicht eine Abschwächung ist sozusagen, denn mit unserem Abänderungsantrag wollen wir eigentlich nur feststellen, dass die Grundsätze, die hier von der Community festgelegt wurden, auch in jedem Fall in die Überlegungen der Steuerungsgruppe miteinfließen sollen und deshalb stellen wir den Abänderungsantrag zu Punkt 3. Der Punkt 1 und 2 ist für uns, so wie er vorgeschlagen ist, auf jeden Fall wichtig und richtig und dem wollen wir auch zustimmen und den Punkt 3 würden wir gerne folgenderweise abändern. 3. Die Stadt Graz wird die Zielsetzungen der Petition der Grazer OGD-Community in die laufenden Überlegungen der mit dieser Thematik befassten Open Government Data-

Steuerungsgruppe miteinfließen lassen und ich bitte um die Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. **Mogel:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, geneigte Zuhörer! Transparenz und Datenschutz, zwei Seiten ein und derselben Medaille, die es unter einen Hut zu bringen gilt. Frei nach dem Open-Source-Gedanken, der etwas älter ist als der Open-Data-Gedanke, Systeme, Programme und Schnittstellen allen zur Verfügung zu stellen, hat sich weltweit auch der Druck erhöht auf Regierung und Verwaltung, Daten der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Zum einen, um mehr Transparenz in die politischen Entscheidungsfindung und Informationsgewinnung für die Bürger zu gewährleisten als auch um die Vielzahl der vorhandenen Daten der Verwaltung für Bürger nutzbringend anzubieten. Wichtig ist dabei, und das hat sich in der Open-Source-Bewegung gezeigt, dass die Datenhalter freiwillig aus der Überzeugung heraus, etwas Sinnvolles zu tun, ihren Datenhaushalt der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Dieses Bekenntnis hat die Stadt Graz durch den Gemeinderatsbeschluss im März 2012 abgegeben. Untermauert wird dieses Bekenntnis vor allem durch das große Engagement der zuständigen Stellen der Stadt, Daten der Verwaltung nicht nur zu veröffentlichen, sondern, und das ist auch mit Aufwand und mit durchaus erheblichen Ressourcen verbunden, in geeigneten, maschinenlesbaren Schnittstellen darzubieten. Die andere Seite ist der Datenschutz. Fast täglich hören wir in den Medien, dass bei Daten, die einmal elektronisch abgelegt sind, auch immer die Möglichkeit offensteht, diese zu einem personenbezogenen als auch zu einem widerrechtlichen Zweck zu benutzen. Deshalb müssen wir gerade bei diesem Thema die größte Sorgfalt walten lassen und sehr behutsam mit den erfassten Daten und den auch zu veröffentlichenden Daten umgehen. Grundsätzlich ist jede Initiative, die

die Transparenz von Regierung und Verwaltung erhöht, zu unterstützen. Wie vorher bereits gesagt, sehen wir aber die Freiwilligkeit der Datenbereitstellung als deutlich effizienteren Weg. Den behutsamen Umgang mit den Daten der Stadt sehen wir in der Steuerungsgruppe für Open Government Data sehr gut aufgehoben. Auch ist der Fortschritt dieses Projektes Open Government Data in Graz durchaus bemerkenswert. Daher werden auch wir dem Abänderungsantrag der SPÖ zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Also zuerst einmal bin ich froh, dass es eine breite Unterstützung gibt für dieses wichtige Anliegen. Auch wenn ich jetzt zu dem einen oder anderen Aspekt etwas bemerken könnte. Zur ÖVP einmal, ich finde es sehr wichtig, dass das hier oder dass du auch von Paradigmenwechsel sprichst und das soll es auch auf jeden Fall sein. Ich nehme euch auch beim Wort, dass das für euch ein ganz wichtiges und für dich ein ganz wichtiges Anliegen ist und komme gerne darauf zurück, wenn es bei einer nächsten Gelegenheit vielleicht auch einmal irgendwo klemmt und steckt, wo die Datenfreigabe nicht so flüssig geht, wie wir das gerne hätten.

Zu dir und eurer SPÖ-Haltung auch da, ich nehme einmal die Worte, die in Richtung, dass wir auf dem richtigen Weg sind und wie wichtig das ist und dass die Stadt Graz halt auch noch am Anfang ist, aber doch einen sehr wichtigen Schritt schon gemacht hat, auch ernst. Für mich ist es nach wie vor eine Abschwächung, wenn ich halt euren geänderten Satz so interpretiere, aber immerhin ich werde einmal versuchen, das so zu interpretieren, dass es, wenn du sagst, er soll einfließen in diese leider nur einmal im Jahr tagende Steuerungsgruppe, dass das hoffentlich ein Fluss ist, der Qualitäten hat wie die Donau an ihrem Mündungsgebiet oder noch größere Flüsse, das wäre wünschenswert und dass der ja auch mit der Zeit immer mehr wächst und zunimmt und nicht an manchen Stellen halt wie bisher vor sich hintröpfelt.

Zum Herrn Mogel und der Frage mit Datenschutz. Sicher, diese Datenschutzaspekte sind natürlich immer zu berücksichtigen, das werden sie auch, sie waren ja jetzt das erste Mal auch in dieser OGD-Gruppe. Es wird dort sehr behutsam damit umgegangen, einerseits von denen, die die Daten veröffentlichen, auch schon in all den vorbereitenden Schritten und es wird auch von denen, die Daten nutzen, zumindest die in der Community sind, immer wieder gesagt, Datenschutz ist die höchste Priorität. Ich sehe es etwas anders als Sie mit dem freiwillig Daten Hergeben, denn wer ist die willensbildende Gruppe oder willensbildende Person? Für mich wäre die willensbildende Gruppe entweder die Öffentlichkeit selber oder der Gemeinderat als Vertretungsorgan und die Schwierigkeit, weshalb dieser Antrag kommt, ist es, dass es teilweise in bestimmten Bereichen, in bestimmten Abteilungen oder ausgelagerten Bereichen eben nicht den Willen gibt, etwas zu veröffentlichen, auch wenn gar kein Datenschutz oder sonst etwas dahintersteht. Also deswegen eben die Forderung nach Forcierung, aber ich nehme trotzdem erfreut zur Kenntnis, dass, auch mit dieser Abänderung, die Petition von Ihnen und von euch angenommen wird und werde das freudestrahlend der Community dann berichten. Danke (*Applaus Grüne und KPÖ*).

***Punkt 1 des dringlichen Antrages wurde einstimmig angenommen.***

***Punkt 2 des dringlichen Antrages wurde einstimmig angenommen.***

***Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit angenommen.***

## **6) Artgerechte Haltung von Hunden in der Stadt – Petition an den Landesgesetzgeber**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe HundefreundInnen auf der Galerie, aber auch unter meinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen! In meinem dringlichen Antrag geht es um die artgerechte Haltung von Hunden in der Stadt und um eine Petition an den Landesgesetzgeber. Wir haben uns das angeschaut, in Graz leben offiziell zirka 8.500 Hunde, es wird davon ausgegangen, dass es doppelt so viele Hunde sind und wie wir alle wissen, erfüllen Hunde eine wichtige soziale Funktion. Sie sind treue Begleiter, Spielkameraden für Kinder und gerade für einsame Menschen eine wichtige emotionale Stütze. Die Hundehaltung in einer Stadt stellt aber viele Menschen, besonders jene, die keinen eigenen Garten besitzen, vor schwierige Aufgaben. Nämlich, wenn es darum geht, dass der Hund ausreichend Auslauf bekommt. Die Möglichkeit für Hunde, sich auch frei zu bewegen und ihrem Erkundungsverhalten nachzugehen, gehört zu einer artgerechten Tierhaltung, wie auch die Tierschutz-Obfrau des Landes Steiermark bestätigt. Hunde, die sich nur angeleint bewegen können, haben keine Möglichkeit, erwünschtes Sozialverhalten im Umgang mit anderen Hunden und Menschen zu lernen – viele von ihnen werden unausgeglichen, nervös und reizbar.

Jetzt ist es so, dass in Graz, wie in der Steiermark überhaupt, im gesamten Stadtgebiet Leinen- oder Maulkorbpflicht gilt und in Parkanlagen müssen Hunde auch angeleint sein, wenn sie einen Maulkorb tragen. Die Möglichkeit, Hunde frei laufen zu lassen, ist daher auf die wenigen, viel zu kleinen und daher auch überfüllten Hundewiesen beschränkt. Besonders im Innenstadtbereich ist die Situation prekär.

Die Problematik ist zwar nicht neu, tritt jedoch durch die stärkere Kontrolle der Leinen- und Maulkorbpflicht in der letzten Zeit tritt sie nun deutlicher zu Tage. Es war in der Vergangenheit so, dass Hundebesitzerinnen und -besitzer in der Früh beziehungsweise bei Einbruch der Dunkelheit einfach in den Parks ihre Hunde frei laufen lassen. Mittlerweile wird dort massiv kontrolliert, mittlerweile seitdem die Ordnungswache aufgestockt wurde, und auch gestraft.

Natürlich ist das keine Lösung, Regeln zu übertreten. Aber wir müssen uns schon anschauen, wie die Situation in Graz aussieht. In Wien ist es zum Beispiel so, dass auf einen Hund 18 m<sup>2</sup> Freilauffläche kommen, in Graz sind es lediglich 2 m<sup>2</sup>. Das ist also viel, viel zuwenig. Es gibt auch eine Petition, die derzeit läuft, „Graz-Hund-Mensch“, die bereits über 1.500 UnterzeichnerInnen hat und die zeigt, wie viele HundehalterInnen in Graz unter der derzeitigen Situation leiden.

Dies illustriert, dass dringend Handlungsbedarf herrscht, und aus den Rücksprachen mit den Kolleginnen und Kollegen bei den anderen Parteien weiß ich auch, dass das dort erkannt wurde und andere Städte haben ja bereits andere Lösungen angedacht. Zum Beispiel in Wien und in München gibt es jetzt schon die Möglichkeit, wieder Hunde frei laufen zu lassen. Natürlich ist es so, dass bei diesen Vorschlägen und Möglichkeiten besonders darauf Bedacht zu nehmen ist, dass nicht andere Menschen – insbesondere Kinder – beeinträchtigt werden und natürlich auch Wildtiere nicht gefährdet werden. Ich bin mir aber sicher, dass sich bei einer vernünftigen Auseinandersetzung mit dem Thema unter Hinzuziehung von ExpertInnen Wege finden lassen werden. Ein weiteres Problem, auf das ich hinweisen möchte, ist das Steiermärkische Landessicherheitsgesetz, das keine Möglichkeit vorsieht, dass Städte und Gemeinden abweichende Regelungen der Leinen- und Maulkorbpflicht selbst treffen können. In Oberösterreich zum Beispiel ist es im Landessicherheitsgesetz anders. Um als Stadt hier handlungsfähig zu werden, bedarf es daher einer gesetzlichen Änderung des Steiermärkischen Landessicherheitsgesetzes in Form einer Verordnungsermächtigung. Die Verordnungsermächtigung heißt nicht, dass in der

Stadt Graz automatisch die Leinen- und Maulkorbpflicht aufgehoben ist, sie heißt nur, dass eine Gemeinde, und damit auch die Stadt Graz, die Möglichkeit hat, darüber zu befinden und das zu beschließen.

Ich stelle also namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt möge beschließen:

- 1) Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt an das Land Steiermark im Petitionswege heran und ersucht um die Erlassung einer Verordnungsermächtigung im Rahmen des Steiermärkischen Landessicherheitsgesetzes, die es Städten und Gemeinden ermöglicht, die Leinen- und Maulkorbpflicht eigenständig zu regeln.
- 2) Im Falle einer ausreichenden gesetzlichen Grundlage, wie unter Punkt 1 beschrieben, richtet die Stadt Graz eine Arbeitsgruppe unter Einbindung fachlich relevanter ExpertInnen ein, die einen Vorschlag für die Ermöglichung einer artgerechten Hundehaltung im Grazer Stadtgebiet ausarbeitet und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegt.

Ich bitte um Annahme.

GR.<sup>in</sup> **Thomüller**: Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, hoher Gemeinderat, liebe Hundefreunde, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Ich möchte nur von der KPÖ-Seite wirklich meine herzliche Unterstützung des Antrages aussprechen. Die Dringlichkeit sehe ich absolut gegeben, ich als langjährige stolze Hundebesitzerin selber kann das

sehr gut nachvollziehen, wie schwer es momentan ist, den Hund glücklich, artgerecht zu halten im Grazer Stadtgebiet. Ich bin natürlich auch Grazerin. Seit der Ordnungswache, ich kann das nur wieder wiederholen, seit die Ordnungswache aufgestockt worden ist, ist das wirklich sehr prekär für uns geworden. 70 Euro fünf Minuten Hund ohne Leine, ich glaube, das steht in absolut keiner Relation. Allerdings möchte ich auch sagen, den ersten Punkt, den können wir nicht so mittragen, weil ich mir denke, wenn man das Landessicherheitsgesetz hernimmt und das abändert, dann soll das vielleicht, wenn das jedes Dorf so machen würde, das würde in Summe ziemlich undurchsichtig werden und ich denke auch, dass das vielleicht einfach nur ein Brief an das Christkind ist. Deswegen möchte ich sagen, mein Antrag im Vorhinein nehme ich als zurückgenommen, weil der Antrag der SPÖ im Grunde dasselbe wiedergibt und mir geht es einfach um keine Fahnenpolitik, sondern es geht um Politik im Sinne der Sache und dass Bewegung reinkommt und wir fordern einfach mehr Freiflächen für Hunde und das ist das Wichtigste. Deswegen werden wir dem zustimmen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Heuberger:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Vizebürgermeisterin! Ich war der Annahme, dass die SPÖ einen Zusatzantrag einbringt und es liegt mir hier aber ein Antrag noch vor von der vorigen Regierung vom 5. Juli 2012, den ich eigentlich für sehr gut empfinde. Mag auch sagen, auch ich bin Hundehalterin und es ist da schon ein bisschen zu hinterfragen oder zu überlegen und mit Vorsicht das anzugehen. Eine frei laufende Hundemeute beziehungsweise frei laufende Hunde in mittlerer Größe sind ungefähr in der Höhe von einem kleinen Kind, vom Gesicht vom kleinen Kind. Also das ist wirklich mit Bedacht dann zu schließen und zum anderen ein Antrag, der gestellt wird, um keine Veränderung, aber dennoch so eine freie Handhabe zur Leinen-Loslassung, ich weiß nicht, was er soll. Er



ist so irgendwie ohne Griffigkeit. Zum anderen mag ich auch noch hinführen, es fehlen uns schon Flächen für Hunde, die abgeschlossen sind, die sind wirklich erforderlich, das geht ja aus dem Antrag der SPÖ von der vorigen Regierung hervor, aber es ist auch hier mit Bedacht zu beschließen, denn man darf nicht vergessen, ein oder zwei Hunde bellen laut, aber zehn oder 15 Hunde sind noch viel, viel lauter und das im Stadtparkgebiet oder im Innenstadtgebiet, wo es dichtes Wohngebiet ist, da gibt es kein Schlafen mehr, wo die Hunde bellen und ich mag nicht jetzt eine Arche Noah thematisieren, aber die Arche Noah hat 150 oder 130 Hunde beherbergt und die hört man bis Petersbergen und über ganz Liebenau. Da muss man wirklich aufpassen, was man da jetzt so für sich beschließt. Freie Wiesen gibt es in der Au-Wiese, gibt es an den Bezirksrändern der Stadt Graz und ich meine, soviel ich da gelesen habe, hat die SPÖ mit der ÖVP gemeinsam in der vorigen Regierung eigentlich gefordert, dass man an die Bezirksvorsteher herantritt, um mit diesen an der Basis arbeitenden Kolleginnen und Kollegen Hundewiesen beziehungsweise freie Flächen zu finden, die man für Hunde freigeben kann, einzäunen kann, das sie auch laufen können frei, so wie Sie es halt wünschen. Ich denke jetzt, wie gesagt, noch einmal an die Au, wo es auch Gewässer gibt, wo sie schwimmen können, es ist für mich schon verständlich, dass es notwendig ist, aber bitte nicht in Parks, wo Menschen mit kleinen Kindern spazierengehen, das ist mir ganz wichtig. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Also ich muss sagen, ich bin jetzt wirklich schockiert, ich bin zutiefst schockiert, wie uninformiert, Frau Kollegin, Sie herausgehen und sprechen. Sie wissen offensichtlich nicht, dass in der gesamten Steiermark und auch auf der Au-Wiesen oder wo auch immer Maulkorb- und Leinenpflicht herrscht. Ich

weiß nicht, wie Sie dazu kommen zu behaupten, dass es dort erlaubt sei, dass Hunde frei herumlaufen...

***Zwischenruf GR. Pogner. Sie hat gesagt, eingezäunt.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Frei herumlaufen oder baden gehen. Sie haben auch gesagt, an den Grenzen von Graz. Es ist nicht überall eine Hundewiese und die meisten Menschen wissen überhaupt nicht, dass Maulkorb- und Leinenpflicht herrscht. Ich habe das ganz klar gesagt, dass es so ist, dass mit dem Antrag nicht beschlossen wird, dass die Stadt Graz jetzt die Maulkorb- und Leinenpflicht aufhebt, sondern ich habe gesagt, es geht nur darum, dass Möglichkeiten geschaffen werden. Offensichtlich wollen Sie das aber nicht sehen und mir tut es extrem leid, weil ich wirklich weiß, dass die UnterzeichnerInnen dieser Petition sehr verantwortungsvolle HundehalterInnen sind, denen ein artgerechtes Leben der Hunde in der Stadt ebenso ein Anliegen ist wie ein respekt- und rücksichtsvoller Umgang der Menschen untereinander und dieses artgerechte Leben wird derzeit von der Stadt Graz nicht ermöglicht.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. Dipl.-Ing. **Savernik** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Andrea! Dass das dringlich ist, das ist eindeutig, weil die SPÖ hat voriges Jahr gemeinsam mit der ÖVP den Antrag eingebracht, mehr oder weniger gleichlautend. Es ist einstimmig angenommen worden, dass das benötigt wird, das wissen wir, wir haben eh gesprochen, es geht um den Zugang. Und zwar es geht um die klare Trennung zwischen Hundewiese und Nicht-Hundewiese und zwar es geht darum, dass eine Rechtssicherheit da ist, es geht darum, ich bin sehr froh, dass dieses Landessicherheitsgesetz das in der Steiermark so regelt, dass in der gesamten Steiermark eine Rechtssicherheit da ist, egal ob in Hausmannstätten, in Graz oder wo auch immer, ich gehe mit oder ohne Hund, es ist immer die gleiche Situation. Das ist mir wichtig. Wenn ich nämlich, und das ist die Idee dahinter gewesen in den Vorgesprächen, um 6.00 bis 8.00 Uhr, wo es gefordert werden könnte, dass man dort die Hunde frei laufen lässt, wenn ich dort laufen gehe, weiß ich nicht, bin ich jetzt noch im Grazer Stadtgebiet oder laufe ich gerade durch Hausmannstätten. Wann fliegt mich ein Hund von hinten an, wann muss ich damit rechnen und wann nicht? Also das kann es nicht sein. Anfliegen heißt nicht, dass er mich beißt, das heißt, dass er halt herumläuft und dass ich mich schrecke und wenn ein kleines Kind dort läuft, das schreckt sich noch viel mehr. Das heißt, es gibt diese Rechtssicherheit, die brauchen Spaziergänger, Radfahrer, Eltern mit Kindern, aber auch die Hundehalter selber und das ist nämlich das Nächste. Die Hundehalter, wenn frei laufende Hunde sind, und ich gehe mit einem Hund an der Leine, muss ich damit rechnen, dass ein anderer Hund auch meinen Hund eben in irgendeiner Art und Weise, auch wenn er nur spielen will, anfällt. Das heißt, auch als Hundehalter bin ich eigentlich sehr, sehr froh, dass ich weiß, sind alle angehängt oder nicht. Wir sind hundertprozentig dafür, dass jetzt diese Hundewiesen vermehrt kommen. Wir sind hundertprozentig dafür, dass die gut ausgestattet werden und wir sind dafür, dass nicht nur dort so Sackerl hängen, wo man das Haufel weg machen kann. Also ich glaube, jeder da möchte es haben. Es geht jetzt nicht darum, dass man den einen

gegen den anderen ausspielt, es geht darum, dass das, was wir im vorigen Jahr beschlossen haben im Gemeinderat, dass das endlich umgesetzt wird. Dass jeder Bezirk, jeder Innenstadtbezirk, das einfach hat und dass das dann auch gepflegt wird, und jetzt komme ich zum springenden Punkt und das hast du sehr gut angeführt. Es geht nämlich darum, dass die Anrainer da nicht belästigt werden. Dass nicht Hundehalter ihre Hunde abgeben, ein Schüsserl dazu vielleicht, wenn sie lieb sind, ein Schüsserl mit Essen dazu und der bleibt dann drei, vier Stunden am Abend dort und dann wird gebellt die ganze Nacht. Wir haben das im Augarten, das ist da, das kann man nicht wegreden und dort wir haben immer fort die Probleme, dass Hunde bellen, dass es laut ist bis Mitternacht, bis tief in die Nacht, das kann nicht sein und deswegen muss man sich sogar überlegen, ob nicht sogar diese Hundewiesen am Abend zumindest einmal nicht zugänglich gemacht werden. Das ist einfach ein Anrainerschutz, das sind wir den Anrainern einfach auch schuldig. Daher stelle ich seitens der sozialdemokratischen Fraktion den Abänderungsantrag: Die zuständigen Abteilungen des Magistrates Graz mögen beauftragt werden, gemeinsam mit VertreterInnen von Tierschutzorganisationen, Hundevereinen und in Absprache mit den jeweiligen Bezirksvorstehungen, das ist ganz wichtig, ein Konzept zu erarbeiten, das für Graz ein dichteres Netz an eingezäunten Hundewiesen vorsieht, eine nutzerInnenfreundlichere Ausstattung der Hundewiesen beinhaltet und Vorschläge umfasst, wie – je nach Situation der Hundewiesen – die Belastungen der anrainenden Bevölkerung speziell in den Abend- und Nachtstunden minimiert werden kann. Ich bitte, den Abänderungsantrag anzunehmen. Danke sehr (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Hoher Gemeinderat! Ich finde, dass der Antragstitel schon sich widerspricht, weil eine artgerechte Haltung von Hunden in der Stadt einfach nicht möglich ist, wenn man es wirklich artgerecht haben möchte. Artgerecht wäre,

dass der Hund im Rudel leben darf und eine enorme Freifläche zur Verfügung hätte, die er durchwandern und durchstreifen könnte. Das wird auch eine Expertengruppe nicht ändern. Zum Thema Freilauf auch an bestimmte Tageszeiten gebunden, kann ich nur sagen aus meiner Praxis, dass ich weiß, dass einfach kaum ein Hund den nötigen Gehorsam aufweist, der dazu notwendig wäre, dass, wenn ihn sein Halter ruft, dass er auch unter Ablenkung, das heißt, von einem anderen Hund wieder sicher zum Halter zurückkommt. So wichtig der Hund auch ist, ich bin ja selber Hundehalterin, trotzdem gilt es in erster Linie die Bevölkerung, und da die Kinder und Kleinkinder, zu schützen und deshalb bin ich auf alle Fälle eine Verfechterin von der Leinenpflicht und von der Maulkorbpflicht und wenn sie frei laufen spricht ja nichts dagegen, wenn sie einen Maulkorb tragen müssen die Hunde.

***Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Thomüller: Nur dass sie nicht atmen können dadurch.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher:** Nein, da gibt es Beißkörbe in verschiedensten Formen und Größen. Nein, es gibt Beißkörbe, wo der Hund auch hecheln kann, da gibt es Modelle, wo alles einwandfrei, tierschutzgerecht ist. Natürlich braucht der Hund die Möglichkeit, Auslauf zu haben, um seine Energien loszuwerden, um ausgeglichen zu bleiben und deshalb bin ich auch der Meinung, dass Graz zu wenige Hundeflächen, eingezäunte Hundeflächen bietet und in diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass wir Freiheitliche in unserem Wahlprogramm den Vorschlag hatten, die Hundeabgabe für die Hunde und Tiere zweckzubinden und unter anderem für die Errichtung weiterer Hundewiesen zu verwenden. Zum Zusatzantrag der SPÖ, diesem

Antrag haben die Freiheitlichen ja vor zwei Jahren schon zugestimmt und deshalb stimmen wir auch heute wieder zu (*Applaus FPÖ*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Ich wollte nur noch einmal ganz kurz auf den Antragstext eingehen, weil hier teilweise so diskutiert wird, als würden wir jetzt mit dem Antrag dafür eintreten, dass Hund frei in der Stadt herumlaufen. Darum geht es nicht...

*Zwischenruf GR. Rajakovics: Das hat der Kollege gerade gefordert.*

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Aber es geht um zwei Punkte. Das eine ist das mit dem Landesgesetzgeber und der Möglichkeit, das vor Ort zu lösen. Es gibt Beispiele in der Gesetzgebung, wir kennen einige aus der letzten Periode, wo man hergegangen ist und den Kommunen sehr wohl übertragen hat, das selber zu regeln, weil man es nicht so gerne hatte, für das Land eine gemeinsame Lösung zu haben. Ich sage nur das Thema Bettelverbot oder Fahrradverordnungen. Hier in dem Punkt ist es wirklich ein vollkommener Unterschied, ob man in einer dichten Stadt Regelungen trifft, wie in Graz oder in einer kleinen Gemeinde am Land, und deswegen ist genau dieser Punkt nicht irrelevant, dass es manches Mal Gesetzesmaterien gibt, wo man nach der Örtlichkeit womöglich unterschiedliche Voraussetzungen braucht. Weil man eben in der Stadt sehr eng aufeinandersitzen alle miteinander und weil eben die Hundewiesen in engen und bewohnten Gebieten sind und da Konflikte entstehen. Aber trotzdem gibt es Möglichkeiten. Wenn ich jetzt an Reininghaus und eine

Zwischennutzung dort denke, von der wir ewig lang reden, wo aber nichts weitergeht, von Gebieten, die jetzt als Brachflächen zur Verfügung stehen würden und die im größeren Raum auch für eine Zeitlang so nutzbar wären, dann geht es uns im zweiten Punkt einfach nur darum, das einmal auszuloten und einmal durchzuschauen, wo gibt es Möglichkeiten abseits von dem, was momentan passiert, dass viele Hunde auf zu kleinen Hundewiesen im zu engem Gebiet herumlaufen und damit eine Belästigung darstellen und damit der Hundehalter auch vor eine sehr unzufriedenstellende Lösung gestellt wird, ohne die Sicherheit von all jenen, die in der Stadt unterwegs sind, zu gefährden. Das ist ja nie das Anliegen von diesem Antrag gewesen, ob das jetzt Kinder sind oder Jogger usw. Das heißt, bitte den Antrag genau zu lesen, bevor er dann in Bausch und Bogen sozusagen in die Ränge verwiesen wird. In einem Punkt geht es darum, für die unterschiedlichen Regionen in der Steiermark, und es gibt eben Stadt wie Dorf in der Steiermark, unterschiedliche Lösungen zu finden und das Zweite, sich einfach zusammzusetzen und zu schauen, was ginge in Graz und wo käme man in Graz in Richtung einer besseren Lösung. Dass man die Hunde nicht frei laufen lassen kann in bestimmten Gegenden und überhaupt in einer Stadt, das ist ja wohl klar, aber an bestimmten Orten, an bestimmten abgegrenzten Gebieten und großflächiger vielleicht als das, was wir bis jetzt kennen mit den kleinen und zu wenigen Hundewiesen. Bitte den Antrag lesen das nächste Mal.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Mir tut es sehr leid, dass der Herr Bürgermeister jetzt nicht da ist, weil ich hätte ihn gerne gefragt, wo in Graz Hunde Auslauf haben, ob er mir eine Hundewiese zeigen kann, wo Hunde wirklich ihrem natürlichen Erkundungsverhalten nachkommen können und artgerecht laufen können und sich verhalten können.

***Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Potzinger: Am Lustbühel.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Das ist nämlich genau, was du sagst, ist nämlich das Problem, ich habe das Gefühl, dass es in Graz so ist, dass nur jene Menschen, die einen Garten haben, artgerecht einen Hund haben können. Das heißt, all jene Leute, die keinen Garten haben, können in Graz einen Hund eigentlich artgerecht nicht halten.

***Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Ich kann mir auch kein Pferd kaufen und von der Stadt den Platz dafür verlangen.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Das mit den Flächen, das halte ich für eine leere Forderung, ich muss dir das offen sagen, ich beschäftige mich seit Jahren damit, wo finden wir freie Flächen, wo finden wir Grünflächen für ganz verschiedene Zwecke. Wir suchen ja auch Flächen für Open Gardening, wir suchen Flächen einfach für Parks und gerade in einem Bezirk wie Jakomini finden wir keine Flächen. Das heißt, woher jetzt die Flächen kommen sollen für diese großen Hundewiesen, ist mir ein Rätsel. Ich weiß auch, dass es in den Klubs sehr heftige Diskussionen gegeben hat über das Abstimmungsverhalten, ich weiß, dass ihr euch intensiv mit dem dringlichen Antrag auseinandergesetzt habt und ich weiß auch, dass leider der Klubzwang nicht



aufgehoben wurde, weil sonst wäre das eine sehr spannende Abstimmung geworden, die wir jetzt haben werden.

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Was ist das, Klubzwang, das gibt es nicht.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner:** Grundsätzlich ist es so, dass wir dem Abänderungsantrag vom Herrn Kollegen Savernik zustimmen werden, weil wir das Gefühl haben, dass damit zumindest etwas in Gang kommt, wenn auch nicht in dem Ausmaß, wie wir uns das gewünscht hätten (*Applaus Grüne*).

***Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde einstimmig angenommen.***

## **7) Bürgerpetition**

GR. **Pacanda** stellt namens von KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda:** Thema Bürgerpetition, den Antrag hat jeder gelesen. Im Endeffekt geht es darum, dass Bürgerpetitionsmöglichkeiten, auch Bürgerfragestunden, Möglichkeiten geschaffen werden, das Thema ist uns nicht unbekannt, glaube ich, das kennen wir aus dem vorigen Jahr noch, also aus der Herbstzeit, und was mir da ganz wichtig ist, ist im Endeffekt, was auch durch die ganze Bürgerleitlinienentwicklung

hervorgegangen ist, dass genau diese Bürgerpetitionsmöglichkeit, die Bürgerfragestunde kein Teil dieser Leitlinienentwicklung sein wird und auch nie sein soll, sondern dass das wirklich was Separates ist, das wir da hier in dem Rahmen beschließen können. Und es ist einfach ganz wichtig und es ist aus dem Grund dringlich, weil man seit vorigem Jahr über Bürgerbeteiligung schreiben und lesen und deswegen würde ich mich freuen über weitere Unterstützer und zur Zeit wird dieser Antrag bereits von den Grünen und von der KPÖ unterstützt, für das ich mich schon jetzt einmal sehr herzlich bedanken möchte. Dankeschön.

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Gäste auf der Galerie, die noch ausgeharrt sind, lieber Philip! Piraten sind ja schon immer auf fahrende, zwar fremde, aber fahrende Schiffe aufgesprungen. Bei Ideen hast du das fast schon zum System gemacht, aber du machst das mit Schirm, Charme und Melone, das gefällt uns, und zu deinem dringlichen Antrag, da werden wir zustimmen, wir werden der Dringlichkeit zustimmen und auch natürlich dem Inhalt, das ist ja auch aus einer Feder von uns entsprungen, du hast es richtig wiederholt, im letzten Herbst haben wir das auch publiziert. Was aber nicht stimmt, was du gesagt hast, ist, dass wir uns seither nicht mehr damit auseinandergesetzt hätten. Aber du kannst das auch gar nicht wissen, weil du hast keinen Klubstatus, vielleicht wird es ja noch einmal, aber es gibt ein Mittel, es gibt eine Sitzung der Klubobleute. Ich kann mich erinnern, wie wir im Presseklub zusammengesessen sind, ist das von der KPÖ auch eingefordert worden, wir haben gesagt, dass wir das durchführen werden. Im letzten Monat haben wir eine solche Sitzung durchgeführt, wir haben das Thema gehabt Geschäftsordnung des Gemeinderates, wir haben einmal Themen gesammelt, was wir im Gemeinderat bei der Geschäftsführung ändern können, da sind einige Ideen gekommen wie zum Beispiel, dass man die Anträge und die Anfragen, die

derzeit ja jetzt nur eingefächert werden, weitergegeben werden dem Amt, dass diese Anträge auch von den Klubobleuten ganz kurz vorgestellt werden, also das ist eine Idee gewesen. Wir haben die Idee gehabt einer aktuellen Stunde, da haben wir die Diskussion gehabt, dass wir einen Dringlichen dann vielleicht ausfallen lassen und wir haben auch wieder die Bürgerfragestunde besprochen. Du hast es jetzt Bürgerpetition benannt und wir haben das aufgenommen und haben gesagt, wir werden in unsere Parteien gehen über den Sommer, das ausdiskutieren und im Herbst werden wir dann auch wieder eine Klubobleutekonferenz stattfinden lassen, und weil du da nicht dabei bist, Philip, werden wir dich zu diesem Thema auch einladen, dass du da mitwirken kannst. Was ich mir von dir wünschen würde, also Klubobleutekonferenz zu gewissen Themen, natürlich müssen die anderen auch dafür sein, aber ich glaube, gerade was die Geschäftsordnung des Gemeinderates betrifft, soll man da wirklich auch alle einbeziehen und zu ausgewählten Themen bist du da eingeladen. Was ich mir von dir wünschen würde ist, dass du ab und zu oder in Zukunft auch auf eigenen Ideen surfen wirst. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe** zum Antrag: Ich kommentiere jetzt nicht das Kindergartenähnliche, dass man sich darüber lustig macht, wenn man kurz vielleicht einmal die Geschäftsordnung nach einem langen Tag nicht genau im Kopf hat, ich war nicht die Einzige, denn es ist hier drüben auch kurz gestutzt gewesen, ob man reden darf oder nicht. Ich finde es nicht witzig, sich darüber lustig zu machen, aber wenn ihr das braucht, bitte. Jetzt zum Wichtigen, zum Inhalt. Wir unterstützen das selbstverständlich sehr, sehr gerne. Deswegen sind wir ja auch mit drauf, Beteiligung

von Bürgerinnen und Bürgern ist immens wichtig, alle Varianten, die es dafür gibt an Möglichkeiten, sind auch zu überprüfen und zu erproben und diese Möglichkeit, die du in deinem Antrag auch erwähnst von der Bürgerpetition in Wien, ist ja dort bereits erprobt, also man kann auch schon auf Erfahrungen zurückkommen. Ich denke insgesamt, es gibt sehr, sehr viele Wege, BürgerInnenbeteiligung und -partizipation einzubeziehen, manche davon können digital unterstützt werden, andere brauchen das gar nicht mal, manche sind im kleinen Bereich, wie wir das zum Beispiel in der letzten Gemeinderatsperiode hatten mit dem Versuch, bei bestimmten Straßenzugumgestaltungen die Anrainerinnen und Anrainer einzubeziehen. Also das ist eine ganze Bandbreite von Maßnahmen, die auch schon vor der Digitalisierung der Welt man hätte machen können wahrscheinlich oder vielleicht ab und zu gemacht hat und Maßnahmen, die jetzt deutlich leichter sind durch die digitalen Möglichkeiten. Insgesamt wird sich wahrscheinlich zeigen, dass die eine oder andere Maßnahme vielleicht auf Dauer doch zu überdenken, zu überarbeiten ist, aber es schadet sicher nicht, all das einmal auszuprobieren, zu schauen, was in anderen Orten erfolgreich läuft oder aus den Rückmeldungen von dort zu lernen. Deswegen unterstützen wir das auf jeden Fall und das ist ja auch ein Anliegen, das im Beirat für BürgerInnenbeteiligung und in anderen Beiräten, die sich gerne einbringen möchten, auch immer wieder gefordert wird. Danke für das Einbringen (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Trotzdem wir, lieber Kurt, das in der letzten Klubobleutesitzung besprochen haben, haben wir trotzdem diesen dringlichen Antrag unterstützt. Einerseits weiß ich, wie lange bei Klubobleutebesprechungen etwas dauert, dass es überhaupt einmal in die Gänge kommt. Das kann Jahre dauern und dann sind wir durchaus bei der nächsten Periode und da bin ich unter Umständen nicht mehr da, also das ist mir ein persönliches

Anliegen, dass da auch etwas weitergeht. Aber das eine schließt für mich das andere nicht aus und deswegen ist es auch für uns wichtig, dass durchaus einmal diese Form einer Bürgerpetition, das ist ja auch ein bisschen was anderes wie die Bürgerfragestunde, aber dass das einmal geprüft wird, wie weit es überhaupt Möglichkeiten gibt, so etwas zu verankern und deswegen unterstützen wir diesen Antrag. Ich denke, da liegt nichts daneben, wir können in der Klubobleutekonferenz durchaus hier kreativ weiterarbeiten, das ist nur ein besserer Effekt noch dessen, also ich bitte trotzdem um Zustimmung dieses Antrages. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda**: Das schaut ja schon ganz gut aus, glaube ich. Ganz kurz zum Schlusswort, ich möchte mich bedanken für eine etwaige Einladung in Richtung Klubtreffen, das wäre genau das gewesen, Geschäftsordnungserarbeitung, wäre gerade meine nächste Frage gewesen, die ich der Frau Dr. Zwanzger hätte stellen müssen, wie man die Geschäftsordnung ändern kann, weil im Gemeinderat geht es ja nicht. Also das finde ich super, das würde mich sehr freuen, wenn ich dort eingeladen würde und ich möchte nur was zum Kurt sagen, zum Thema der Schiffe und zu den Parteien, die auf anderen Schiffen segeln oder die auf andere Schiffe aufspringen. Da wirst du dich sicher noch erinnern...

***Zwischenruf GR. Hohensinner: Wir fahren unter schwarzer Flagge.***

GR. **Pacanda:** Wir segeln unter schwarzer Flagge, richtig, und ganz kurz, weißt du, was der Unterschied zwischen einer Erfindung und einer Innovation ist? Derjenige, der es erfunden hat, die Glühbirne zum Beispiel, war nicht derjenige, der es innoviert hat, der Innovator der Glühbirne war derjenige, der es dann umgesetzt hat, derjenige, der das so weit gebracht hat, dass was gemacht worden ist und ich glaube, wir haben die Chance, dass wir gemeinsam diese Idee, die von irgendwo gekommen ist...

*Zwischenruf GR. Hohensinner: Dann sind hier 48 Glühbirnen.*

GR. **Pacanda:** Ja, ...gemeinsam dann umsetzen können und eine Innovation machen können. Dankeschön (*Applaus KPÖ und Grüne*).

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*